

Politische Partizipation marginalisierter Jugendlicher und Soziale Arbeit

Political Participation of Marginalised Youth and Social Work

Zusammenfassung: Demokratische Staaten sind auf eine aktive politische Beteiligung ihrer Bürger_innen angewiesen. Sowohl die konventionellen als auch die unkonventionellen Formen der politischen Partizipation tragen zur Legitimation des politischen Systems in modernen Demokratien bei. Ein wichtiger Faktor ist die Integration der Jugend und insbesondere marginalisierter Jugendlicher in demokratische und politische Prozesse. Um diese Themen zu diskutieren, soll zunächst der aktuelle Forschungsstand zur politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher in Deutschland präsentiert werden. Dieser soll durch die Präsentation der Ergebnisse zweier eigener Forschungsprojekte ergänzt und konkretisiert werden. Anschließend wird das Verhältnis von Sozialer Arbeit und politischer Partizipation marginalisierter Jugendlicher diskutiert. In einem Fazit wird vor den Gefahren einer entpolitisierten Sozialen Arbeit gewarnt und für die Förderung weiterer Studien zur politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher plädiert.

Schlagworte: Marginalisierte Jugendliche, Politische Partizipation, Soziale Arbeit mit marginalisierten Jugendlichen, Soziale Arbeit und politische Partizipation

Abstract: Democratic states depend on the active political participation of their citizens. Both conventional and unconventional forms of political participation play a part in legitimising the political system in modern democracies. One important factor is integrating young people, especially marginalised young people, into democratic and political processes. To discuss these topics, the current state of research on the political participation of marginalised young people in Germany will first be presented. This will be supplemented and substantiated by a presentation of the results of two of our own research projects. Subsequently, the relationship between

social work and political participation by marginalised young people will be discussed. In conclusion, the paper warns of the dangers of depoliticised social work and pleads for the promotion of further studies on political participation by marginalised young people.

Keywords: marginalised young people, political participation, social work with marginalised young people, social work and political participation

Einleitung

Demokratische Staaten sind auf eine aktive politische Beteiligung ihrer Bürger_innen angewiesen. Sowohl die konventionellen oder indirekten Formen der politischen Beteiligung, wie z.B. das Engagement in Parteien und bei Wahlen, als auch die unkonventionellen oder direkten Formen der politischen Partizipation, wie z.B. Demonstrationen, Petitionen, Flugblätter verteilen, Boykott bestimmter Waren etc., tragen zur Legitimation des politischen Systems in modernen Demokratien bei. Neben der legitimatorischen Funktion hat politische Partizipation auch eine gesellschaftlich-inklusive Funktion. Durch die Möglichkeit der politischen Mitsprache identifizieren sich die Bürger_innen mit dem Staat, dem politischen System und den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Ein wichtiger Faktor bei der Legitimation des politischen Systems ist die Inklusion der Jugend in demokratische und politische Prozesse. Diese Art der „Nachwuchsförderung“ ist unabdingbar für die Zukunft der Demokratie und den Staat selbst. Erkenntnisse darüber, wie sich die politische Partizipation von Jugendlichen in modernen Gesellschaften entwickelt und verändert, sind für Politik und Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Zunächst ist die politische Bildung mit der Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen beauftragt. Aber auch für die Soziale Arbeit wird diese Thematik immer wichtiger, insbesondere, wenn es um die kritische Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Inhalten und Gruppierungen geht.

In den 1990er und 2000er Jahren ist Jugendlichen in der Öffentlichkeit häufig Politikverdrossenheit vorgeworfen worden. Dies gilt insbesondere für Jugendliche, die in marginalisierten Quartieren leben und sozial ausgegrenzt sind.

Im Grunde genommen sind beide Formen der politischen Partizipation in modernen, demokratischen Gesellschaften positiv konnotiert. Diese allgemeine Akzeptanz des politisch orientierten Engagements gilt jedoch nicht für jede Art und auch nicht für jede Gruppe, die sich politisch einmischt. In breiten Teilen der Bevölkerung gibt es durchaus Bedenken gegenüber dem

direkten politischen Engagement marginalisierter Jugendlicher. Belege hierfür gibt es sowohl in Deutschland als auch im benachbarten Ausland, wie z.B. in Frankreich. Das Recht auf Partizipation bzw. Teilhabe an der Gesellschaft, das ja auch das Recht der freien Meinungsäußerung bzw. der Demonstration impliziert, scheint hier auf die Probe gestellt zu werden. Dies wiegt umso schwerer, wenn man bedenkt, dass politische Partizipation im Grunde als ein wichtiges Zeichen der gesellschaftlichen Inklusion zu werten ist.

Um diese Themen zu diskutieren, soll zunächst der aktuelle Forschungsstand zur politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher in Deutschland präsentiert werden. Er wird durch die Ergebnisse zweier eigener Forschungsprojekte zum politischen Engagement marginalisierter Jugendlicher konkretisiert und ergänzt. Die Projekte widmen sich einerseits den Protesten marginalisierter Jugendlicher in einem Kölner Stadtteil und andererseits einem Vergleich der politischen Partizipation (marginalisierter) Jugendlicher in Deutschland und Frankreich. Danach wird das Verhältnis von Sozialer Arbeit und politischer Partizipation marginalisierter Jugendlicher diskutiert. Zum Abschluss folgt ein Fazit, in dem vor den Gefahren einer entpolitisierten Sozialen Arbeit gewarnt und für die Förderung weiterer Studien zur politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher plädiert wird.

1. Zum Forschungsstand: Politische Partizipation marginalisierter Jugendlicher in Deutschland

Das Thema der politischen Partizipation Jugendlicher wird in Deutschland schon seit Jahren intensiv beforscht.¹ Dies ist nicht verwunderlich, weil Jugendliche als Gestalter der „Zukunft der Demokratie“ gelten. Allerdings ist die politische Partizipation marginalisierter Jugendlicher bisher nur

1 Siehe u.a. die Publikationen von Roth & Rucht, 2000; Burdewick, 2003; Knauer & Sturzenhecker, 2005; Schneekloth, 2006; Bertelsmann-Stiftung, 2007; Gaiser, Gille, Rauschenbach & Bien, 2012; Kniffki & Reutlinger, 2013; Shell Deutschland Holding, 2015; Simonson, Vogel & Tesch-Römer, 2016; Kühnel & Willems, 2017; Shell Deutschland Holding, 2019. Auf internationaler Ebene siehe u.a. Europäische Kommission, 2013 und Gaiser, Krüger, de Rijke & Wächter, 2016.

selten Thema empirischer Untersuchungen gewesen.² Dies ist erstaunlich, weil der Anteil Jugendlicher, die in relativer Armut leben, in Deutschland zurzeit immerhin fast ein Fünftel der Jugendlichen ausmacht (Quenzel et al., 2019, S. 317).

Der Frage nach politischer Partizipation geht häufig die Annahme voraus, dass das Ausmaß und auch die Art und Weise des politischen Engagements von Menschen auch durch ihre Lebensumstände beeinflusst werden. Die individuelle Ressourcenausstattung, d.h. der Bildungsgrad, das Geschlecht, die Existenz eines Migrationshintergrunds (vor allem eine ausländische Staatsangehörigkeit), das Alter und das verfügbare Einkommen sind zentrale Indikatoren für politische Partizipation.

Bekannt ist seit langem, dass politische Partizipation Teilhabe in Form von ökonomischem Kapital wie Vermögen, Besitz und Einkommen, aber auch in Form von sozialem und kulturellem Kapital, wie Bildung und damit verbundene Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen und soziale Netzwerke voraussetzt (Bourdieu, 1982; Bourdieu, 1983; Gensicke & Geiss, 2010; Gaiser, Hanke & Ott, 2016). Diese Kapitalformen beeinflussen nicht nur die Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen, sondern auch die Bildung des erforderlichen Selbstvertrauens, sich politisch zu beteiligen und sich für seine Interessen einzusetzen.

Nachgewiesen ist zudem, dass politische Partizipation eine erhebliche soziale Bedingtheit bzw. Selektivität impliziert (Bourdieu, 1982; Vester, 2009; Bödeker, 2012, S. 6). Dies gilt zweifellos auch für Jugendliche (BMFSFJ, 2017). Die Ressourcen Zeit, Einkommen, Bildung und soziale Kompetenz entscheiden über den Grad der politischen Partizipation und sind auch in demokratischen, auf Chancengleichheit bedachten Gesellschaften sehr unterschiedlich in der Bevölkerung verteilt. Erkennbar wird dieser Umstand auch an der Tatsache, dass Angehörige der Mittel- und

2 Ausnahmen bilden hier die Studien u.a. Vester, 2009; Böhnke, 2010; Klatt & Walter, 2011; Bödeker, 2012; Munsch, 2013; Reutlinger & Walther, 2016. Munsch (2003, S. 8) hat schon darauf verwiesen, dass in Bezug auf die Untersuchung des Engagements ein Perspektivwechsel erforderlich sei. Gegenstand von neuen Untersuchungen sollten verstärkt die Akteure der in der Unterschicht angesiedelten Milieus sein. In den neueren Studien geht es deshalb vor allem darum zu erkunden, warum das Engagement dieser Bevölkerungsgruppen ausbleibt oder besser: verhindert wird (Vester, 2009, S. 44; Klatt & Walter, 2011, S. 35). Geht man davon aus, dass zu den marginalisierten Bevölkerungsgruppen auch Menschen mit Migrationshintergrund gehören, sind auch Studien zur politischen Partizipation der Gruppe der Bevölkerung bzw. der Jugendlichen mit Migrationshintergrund relevant (z.B. Bukow & Spindler, 2000; Weidacher, 2000; Ottersbach, 2007; Bertelsmann-Stiftung, 2009; Bukow et al., 2013).

Oberschicht ihre Einflussmöglichkeit bzw. ihre Wirksamkeit auf das politische Geschehen weitaus größer einschätzen als Angehörige aus der Unterschicht (Bödeker, 2012, S. 9). Umgekehrt führen hohes Einkommen, hoher Bildungsgrad und hohe soziale Kompetenz wiederum zu einem verstärkten politischen Interesse. Vom politischen Interesse ist es – je nach Notwendigkeit und Dringlichkeit – dann häufig nur noch ein kleiner Schritt bis zum politischen Engagement. Entwicklung und Förderung des politischen Interesses und die Chancen auf Realisierung bzw. Umsetzung der Interessen dieser Personen basieren offensichtlich auf denselben Kapitalformen und bedingen sich gegenseitig. Für Deutschland wird im aktuellen Datenreport (Bundeszentrale für politische Bildung, Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung & Sozio-ökonomisches Panel, 2018) vor allem auf den Bildungsaspekt als Differenzkriterium der politischen Partizipation hingewiesen. Während das Differenzkriterium „Regionalität“ (in Deutschland: alte und neue Bundesländer) nahezu verschwunden ist, gibt es noch Unterschiede in Bezug auf das Alter. Die 18- bis 29-Jährigen sind – seit 1990 – seltener politisch interessiert und aktiv als der Durchschnitt der Bevölkerung. Allerdings nimmt der Unterschied in jüngerer Zeit wieder ab. Hingegen ist der Bildungsaspekt weiterhin ein entscheidendes Distinktionsmerkmal bezüglich politischer Partizipation. Personen mit Abitur zeigen ein signifikant höheres Interesse am politischen Geschehen als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Einige Studien zeigen auf, dass das politische Interesse, die Wirksamkeitsüberzeugung und die Bereitschaft zur politischen Partizipation bei Angehörigen der Unterschicht deutlich geringer sind als bei denjenigen der Mittel- und Oberschicht (Schiffer-Nasserie, 2011; Bödeker, 2012, S. 37; auch Böhnke, 2010, S. 21). Diese Befunde gelten sowohl für Wahlen als auch für die außerparlamentarischen, direkten Formen der Beteiligung. Wer nur einen Hauptschulabschluss hat, nur über ein geringes Einkommen verfügt und sich in sozialen Netzwerken der eigenen Schicht bewegt, hat in der Regel nur wenig Interesse an politischen Prozessen, glaubt nicht, dass er/sie wirklich Einfluss auf das politische Geschehen nehmen kann, und nimmt signifikant seltener an Wahlen und direkten Formen der Meinungsäußerung teil. Dies gilt sogar für das Thema der sozialen Ungleichheit bzw. sozialen Ungerechtigkeit selbst. Auch an Protesten gegen das Auseinanderdriften der Schere zwischen Arm und Reich nehmen, so die Ergebnisse dieser Studien, überwiegend einkommensstarke und gut ausgebildete Angehörige der Mittelschichten teil (Rucht & Yang, 2004).

Soziale Ungleichheit korreliert somit mit abnehmender Wahlbereitschaft und gefährdet somit auch die Legitimation und den Fortbestand der Demokratie (vgl. hierzu auch Schäfer, 2015, S. 87). Bödeker verdeutlicht in seiner Studie (2012), dass eine als moderat empfundene Einkommensungleichheit Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in die Institutionen und Partizipationsraten erhöhen kann. Förderlich für die politische Integration der Wahlbevölkerung sind deshalb effektive sozialstaatliche Programme. Sie tragen dazu bei, dass schichtspezifische Ungleichheiten in Grenzen gehalten und politische Ungleichheit vermindert werden. Auch die Studie von Giebler & Merkel (2016) verdeutlicht diese Zusammenhänge. Ihre These lautet, dass die Zunahme sozioökonomischer Ungleichheit eine Erosion der politischen Freiheit bewirkt und eine ernstzunehmende Gefahr für die Demokratie darstellt. Die von libertär orientierten Verfechter_innen vertretene reine Marktlehre, in der sich (politische) Freiheit und (politische) Gleichheit gegenseitig ausschließen, wird in dieser Studie widerlegt. Die Autoren weisen vielmehr nach, dass durch abnehmende soziale Ungleichheit (politische) Freiheit verstärkt wird, d.h. Gleichheit und Freiheit sind durchaus vereinbar.

Sozioökonomische Kriterien, kulturelles Kapital und Bildungsqualifikationen werden auch auf das Jugendalter bezogen. Im letzten Kinder- und Jugendbericht wird von der „klassischen sozialen Schere der Beteiligung“ gesprochen (BMFSFJ, 2017, S. 115). So weisen aktuelle Studien wie z.B. die Shell-Studie „Jugend 2019“ (Schneekloth & Albert, 2019, S. 51) oder die „FES-Jugendstudie 2015“ (Gaiser, Hanke & Ott, 2016) darauf hin, dass die Bildung einen wichtigen Einfluss auf das Ausmaß des politischen Interesses der Jugendlichen hat. Ein höheres Bildungsniveau bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen begünstigt offenbar das Interesse an Politik. Höher gebildete Jugendliche und junge Erwachsene zeigen häufiger politisches Interesse als diejenigen, die ein niedrigeres Bildungsniveau aufweisen (z.B. Gille, 2016, S. 80; Schneekloth & Albert, 2019, S. 47; Quenzel et. al., 2019, S. 319). Je höher ihr Bildungsabschluss und je höher der sozioökonomische Hintergrund der Jugendlichen, desto höher ist das Politikinteresse. Unter Studierenden ist das politische Interesse am höchsten, bei Jugendlichen mit angestrebtem Hauptschulabschluss ist es deutlich niedriger. Auch bei der Wahl wichtiger politischer Themen spielen der sozioökonomische Hintergrund und der Bildungsabschluss der Befragten eine wichtige Rolle: Befragte höherer sozialer Schichten und mit hoher schulischer Qualifikation interessieren sich eher für Umweltpolitik, diejenigen aus niedrigeren sozialen Schichten und mit niedriger schulischer Qualifikation finden eher,

dass Arbeitsmarktpolitik ein wichtiges Thema ist. Gegenüber der letzten Studie (Shell Deutschland Holding, 2015) empfinden inzwischen jedoch alle Jugendlichen unabhängig von der Bildungsposition den Klimawandel als eines der drängendsten Probleme der Gegenwart (Schneekloth & Albert, 2019, S. 58).

Auch in Bezug auf die politische Partizipation in den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien lassen sich Differenzen zwischen Jugendlichen aus wohlhabenden und marginalisierten sozialen Verhältnissen feststellen. Die „digitale Ungleichheit“ (Kutscher, 2010) ist ebenfalls bedingt durch soziostrukturelle Ressourcenunterschiede. In ihrer Studie (Bittlingmayer & Hurrelmann, 2005) stellen die Autoren fest, dass die relativ geringe Erreichbarkeit marginalisierter Jugendlicher für Partizipationsangebote als eine Folge der entsprechenden Ressourcenausstattung der sozialen Milieus zu deuten ist. Soziale Ungleichheit im Netz beschränkt sich dabei nicht nur auf die Unterschiede bezüglich der Möglichkeiten des Zugangs zu den Technologien (die im Übrigen in den letzten Jahren eher abgenommen haben), sondern betrifft auch eine „Kompetenzkluft“ und eine „Demokratieluft“ (Mossberger, Tolbert & Stansbury, 2003). Konkret bedeutet dies, dass marginalisierte Jugendliche zwar Wissen und Kompetenzen bezüglich der Nutzung des Internet mitbringen, die in ihrem Alltag möglicherweise nützlich und sinnvoll sind (und durch die Nutzung der Technologien diese auch noch verbessern), für die Verwendung im formalen Bildungssystem und auch in Bezug auf mögliche Einflussnahme im öffentlichen Leben oder zur politischen Partizipation jedoch eher nutzlos sind (Forschungsverbund DJI & TU Dortmund, 2015). Auch die neueste Shell-Jugendstudie (Shell Deutschland Holding, 2019) zeigt auf, dass die Nutzung des Internet bei Jugendlichen schichtspezifisch erfolgt. Während Typen wie die „Funktionsnutzer“ oder die „Intensiv-Allrounder“ eher in den oberen Herkunftsschichten angesiedelt sind, gehört der Typ der „Uploader“ eher den unteren sozialen Schichten an oder besitzt einen Migrationshintergrund (Wolfert & Leven, 2019, S. 232).

Relativieren muss man diese Ergebnisse jedoch vor dem Hintergrund anderer Studien, die aufzeigen, dass Jugendliche in marginalisierten Quartieren durchaus ein politisches Interesse haben, dieses partiell auch in der Öffentlichkeit vertreten. Analysiert man deren Formen und Aktionen der politischen Partizipation, werden auch die Hintergründe deutlich, die dazu führen, dass ihre politische Teilhabe verhindert wird, ihre Bemühungen keine Anerkennung erlangen bzw. ihre Aktionen normativ als „illegitime Partizipation“ diskreditiert werden (exemplarisch Munsch, 2013; Bukow, Otters-

bach, Preissing & Lösch, 2013; Schwanenflügel, 2015; Forschungsverbund DJI & TU Dortmund, 2015; Reutlinger & Walther, 2016). In der Studie des Forschungsverbunds geht es um die Erkundung der Partizipationspraxen von Jugendlichen, die Angebote der Offenen Jugendarbeit bzw. eine Haupt- oder Realschule besuchen. Dabei wird ersichtlich, dass diese Jugendlichen einen eigenen, nicht an den normativen Standards der politischen Partizipation anschließenden Partizipationsbegriff verwenden, dessen Erkundung wiederum spezielle methodologische Herausforderungen in der empirischen Forschung impliziert.

2. Ergebnisse zur politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher aus eigenen Forschungsprojekten

2.1 Studie zu den Protesten marginalisierter Jugendlicher in Köln-Kalk

Auslöser für die im Januar 2008 über eine Woche andauernden Proteste Jugendlicher in dem marginalisierten Quartier Köln-Kalk war der Tod eines 17-jährigen (marrokanischen) Jugendlichen aus dem Viertel, der bei einer Auseinandersetzung mit einem anderen, 20-jährigen (deutschen) Jugendlichen tödlich verletzt wurde. Der Vorfall löste in Kalk Demonstrationen, spontane Treffen, Sitzblockaden, Mahnwachen, Diskussionsrunden und weitere Aktionen der Jugendlichen aus.³ Die Ereignisse wurden in den Medien auf städtischer, regionaler und sogar nationaler Ebene publiziert und diskutiert.

In unserer Studie (Bukow et al., 2013) ging es unter anderem darum, die Perspektiven und Reaktionen der Beteiligten der Demonstrationen und der verschiedenen Akteur_innen im Stadtteil (u.a. der Bewohner_innen, der Vereine, der sozialkulturellen und politischen Institutionen, der Jugendein-

3 Der Auslöser der Proteste spielte nur zu Anfang eine Rolle. Später sind die Jugendlichen im Viertel für „Gerechtigkeit“, gegen „Rassismus“ und gegen die „gesellschaftspolitische Benachteiligung“ auf die Straße gegangen. Die in den Augen der Jugendlichen voreilige Beurteilung des Geschehens durch die Staatsanwaltschaft als „Raubüberfall“ und „Notwehr“ sowie die Freilassung des 20-jährigen Jugendlichen am gleichen Abend löste bei den Kalker Jugendlichen und deren Eltern Unmut und Unverständnis aus.

richtungen, der Medien, der Polizei, der kommunalen Verwaltung usw.) zu untersuchen.⁴ Die konkreten Fragestellungen lauteten:

- a) Was war der Auslöser der Demonstrationen?
- b) Welche Motive der Demonstrierenden lassen sich beschreiben?
- c) Wie waren die Reaktionen der Akteur_innen aus dem Stadtteil?
- d) Welche Nachwirkungen hat das Geschehen im Stadtteil angestoßen?⁵

Ziel war, an dem konkreten Beispiel der Kalker Ereignisse das Potenzial politischer Partizipation marginalisierter Jugendlicher, überwiegend solcher mit Migrationshintergrund, aufzuzeigen. Vor dem Hintergrund der Quartierssituation wurden die politischen Beteiligungsformen erkundet und deren nachhaltige Wirkung analysiert. Dazu wurden die Auswirkungen, Nachwirkungen und Veränderungen im Stadtteil untersucht. Es ging darum, die Bedeutung der politischen Partizipation einer marginalisierten Bevölkerungsgruppe, der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, für deren gesellschaftliche Inklusion bzw. den Zusammenhalt der Gesellschaft aufzuzeigen. In einer Teilstudie (Ottersbach, 2013) ging es auch darum, die Rolle der Sozialen Arbeit bezüglich einer Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund darzustellen und zu diskutieren.

Ergebnisse der Studie

Auf der Seite der protestierenden Jugendlichen wurde vor allem deren Hilflosigkeit und Bedürftigkeit sichtbar. Unklar war für die Jugendlichen zunächst, wie es zu diesem Urteil der Justiz kommen konnte. Vor dem Hintergrund dieses Unverständnisses entwickelte sich ein starker Unmut bei den Jugendlichen. Ein Problem waren auch ihre fehlenden Kenntnisse darüber, wie man Öffentlichkeit herstellt bzw. wie man politische Forde-

4 Die Studie wurde von der RheinEnergie-Stiftung Jugend/Beruf/Wissenschaft in Köln von März 2010 bis Juni 2011 gefördert, von Wolf-D. Bukow (Universität zu Köln) und Markus Ottersbach (Technische Hochschule Köln) geleitet und von Sonja Preissing durchgeführt.

5 Neben einer Analyse diverser Medienberichte wurden siebzehn qualitative, leitfadengestützte Einzelinterviews und Gruppeninterviews mit Jugendlichen, mit Vertreter_innen der kommunalen Verwaltung, der Polizei und der Sozialen Arbeit durchgeführt und gemäß der Inhaltsanalyse (Mayring, 2003) ausgewertet (siehe ausführlicher zum Forschungsdesign der Studie Preissing, 2013).

rungen so aufstellt, dass sie bei der Bevölkerung und bei Politiker_innen Gehör finden. Deshalb konnten sie ihre Interessen und Anliegen nicht in die Öffentlichkeit transportieren. Es entstand eine Art Hilflosigkeit, die sich schnell zu Resignation entwickelte und das Bewusstsein um Chancenlosigkeit aufgrund geringer Bildungsqualifikation, um fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze, um fehlende Bildung, vor allem um fehlende politische Bildung verstärkte. Zudem mangelte es an den entsprechenden Kompetenzen in Bezug auf die Organisation einer Demonstration. Eine Jugendliche spiegelt die Stimmung unter den Jugendlichen prägnant wider:

„Die meisten hatten keine Ahnung von Politik. Die saßen da rum und da nehmen die vielleicht mich und paar andere, wo die denken: „Ja, vielleicht kann die was sagen“. Und ich habe auch keine Ahnung von Politik. Ich saß da nur und habe meine Vorschläge gesagt. Und das war es. Aber da musste irgendetwas sein. Da war aber keiner, der das halt übernommen hat und für uns gesprochen hat in dem Sinne oder halt unsere Forderungen auch eingebracht hat, gesagt: „Ja, es müssen mehr Jugendzentren gebaut werden, es müssen, es muss eine Möglichkeit geben, wo man die Jugendlichen fördern kann. Das muss geändert werden, dies muss geändert werden.“ Aber dann gab es niemanden. Weil wir hatten ja Einfluss. Die Politiker kamen ja auf einmal und wollten alle irgendwas ändern. Alle. Aber da gab es niemanden, der das alles genutzt hat. Meiner Meinung nach.“ (Nadira Arslan, jugendliche Demonstrantin)

Die Interviews mit Expert_innen haben verdeutlicht, dass der Umgang der Vertreter_innen der Behörden und der Sozialen Arbeit mit der politischen Partizipation der Jugendlichen sehr heterogen war. Er reichte von einer Solidarität mit den Jugendlichen bis hin zu einer kritischen Distanz zu ihnen. Sowohl die Behörden als auch die Soziale Arbeit wurden von den Jugendlichen als intermediäre Instanzen wahrgenommen, die sich auch noch zu einem dritten Partner, der Polizei, verhalten müssen. Da das Verhalten der Polizei bzw. der Staatsanwaltschaft einer der Gründe für den Protest darstellte, wurde das Verhalten der Vertreter_innen der Behörden und der Sozialen Arbeit gegenüber der Polizei von den Jugendlichen genau beobachtet. Auch bezüglich des Kontakts zwischen Behörden und Sozialer Arbeit auf der einen und der Polizei auf der anderen Seite konnte man nicht von einem einheitlichen Verhalten sprechen. Es reichte von einer Kooperationsbereitschaft der Behörden bzw. der Sozialen Arbeit mit der Polizei bis hin zu einer strikten Distanzierung zu ihr.

Auf der Seite der Sozialen Arbeit dominierte ebenfalls eine Art Hilflosigkeit vor dem Hintergrund einer relativ neuen, unbekannteren Situation, zu großer Distanz zum Klientel, fehlendem Vertrauen, fehlender professioneller Konzepte in Bezug auf den Anspruch der politischen Partizipation seitens der Jugendlichen und wegen der Haltung, politische Bildung sei „Sache der Schule“. Als Gründe für die sozialarbeiterische Haltung wurden u.a. die lange Zeit dominierende Orientierung der Sozialen Arbeit an defizitorientierten, kompensatorischen und paternalistischen Konzepten (Ausländerpädagogik), Entpolitisierungstendenzen der Sozialen Arbeit (Negierung bzw. Vernachlässigung des „Triple-Mandats“ (Staub-Bernasconi) der Sozialen Arbeit zugunsten einer an einer staatlich-institutionellen Integration orientierten Sozialen Arbeit), Instrumentalisierung der Sozialen Arbeit (Privatisierung, Ökonomisierung durch Managementkonzepte etc.) und eben der fehlende Bezug zur (politischen) Bildung analysiert. Insgesamt sind diese, einen Ausdruck politischer Partizipation marginalisierter Jugendlicher widerspiegelnden Ereignisse als eine „vertane Chance“ zu deuten, bei der es vor allem an einer ernsthaften, aufrichtigen, kontinuierlichen und motivierenden Kommunikationsbereitschaft seitens der Vertreter_innen der Behörden, der Polizei, der Medien und auch der Sozialen Arbeit mangelte. Ein Jugendlicher resümiert diese Situation treffend:

„Keiner hat mit uns gesprochen. Die Polizei stand halt da. Ok, die haben uns bewacht. Sie haben zugesehen, dass wir da keine Randalen machen. Aber keiner hat mit uns gesprochen. Das ist der Fehler. Es gab auch keinen Vertreter von uns. Was heißt Vertreter. Sagen wir mal einer von der Moschee oder einer von den Migrantinnen, der da Stellung genommen hat. Und da was gemacht hat. Diese Machtlosigkeit ‚Man kann nichts machen. Man ist nichts‘.“ (Mostafa Emam, jugendlicher Demonstrant)

2.2 Studie zur politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher in Deutschland und Frankreich

Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) hat eine Forscher_innen-gruppe mit einer Untersuchung beauftragt, in der es um die Erkundung der politischen Partizipation Jugendlicher in Deutschland und Frankreich gehen sollte.⁶ Ziel dieses Forschungsprojekts war vor allem der Erkenntnisge-

6 Im Sommer 2015 hat das DFJW dem Institut für Interkulturelle Bildung und Entwicklung (INTERKULT) der TH Köln und dem Institut de Sociologie et d'Anthropologie

winn zu politischen Einstellungen und Aktionsformen junger Menschen in Deutschland und Frankreich.

Die international vergleichende Perspektive sollte zudem einen Blick über den „nationalen Tellerrand“ ermöglichen. Für die internationale Jugendarbeit ist diese Perspektive im Grunde selbstverständlich. Eine Teilstudie befasst sich mit dem Vergleich der politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher (Benaise, Ottersbach & Preissing, i.E.).

Das qualitativ orientierte Forschungsprojekt verfolgte folgende Fragestellungen:

- a) Welche Formen politischer Partizipation Jugendlicher gibt es in Frankreich und Deutschland (entlang der Kriterien konventionell/unkonventionell und unter Berücksichtigung von Formen politischer Partizipation im öffentlichen Raum und in privaten Kontexten)? Welche Formen politischer Partizipation nutzen Jugendliche aktuell unter welchen Rahmenbedingungen, in welchem Ausmaß und auf welche Art und Weise?
- b) Auf welche Weise stehen die Formen politischer Partizipation Jugendlicher zueinander in Beziehung (auch historisch) (z.B. entlang der Kriterien konventionell/unkonventionell und ihren Unterformen)?
- c) Welche Bedeutung haben die Formen politischer Partizipation für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Frankreich?
- d) Welche Bedeutung haben die Formen politischer Partizipation für die politische, insbesondere auch demokratische, Bewusstseinsbildung in Deutschland und Frankreich?
- e) Welche Beziehungen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund zu aktuellen Formen politischer Partizipation in den Herkunftsländern ihrer Familien?⁷

(ISA) der Universität Lille den Auftrag erteilt, ein Forschungsvorhaben zum Thema „Politische Partizipation Jugendlicher in Deutschland und Frankreich“ umzusetzen. Das Projekt begann am 01.01.2016 und dauerte bis 31.12.2018. Beteiligte des Forschungsteams waren auf französischer Seite Dietmar Loch, Abdelhafid Hammouche, Zahia Zerolou, Adrien Benaise und Stoyan Nikov. Auf deutscher Seite waren Markus Ottersbach, Schahrzad Farrokhzad, Sonja Preissing, Özlem Aslan und Saloua M. Hand beteiligt.

- 7 Insgesamt wurden zunächst ca. 40 qualitative Interviews mit Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren in den Städten Köln und Lille durchgeführt und inhaltsanalytisch (Mayring, 2003) ausgewertet. Um eine Vielfalt an Deutungs- und Handlungsmustern bei Jugendlichen hinsichtlich ihrer politischen Partizipation berücksichtigen zu können, wurde ein intersektionales Vorgehen gewählt (Berücksichtigung der Schicht-, der

Um den unterschiedlichen Bildungshintergrund und die unterschiedliche politische Sozialisation zu berücksichtigen, wurden Jugendliche sowohl aus privilegierten als auch aus marginalisierten Stadtteilen befragt. So konnten gezielt die lokalen Bedingungen des Aufwachsens, der politischen Meinungsbildung und auch lokale politische Aktionsformen in ihren sozio-ökonomischen Zusammenhängen erforscht werden.

Ergebnisse der Studie

Die Studie hat den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit, urbaner Segregation und politischer Partizipation in deutsch-französischer Perspektive verdeutlicht. Zunächst wurde erkennbar, dass nicht nur Jugendliche aus wohlhabenden Vierteln, sondern auch Jugendliche aus marginalisierten Stadtquartieren sich mit den aktuellen gesellschaftspolitischen Themen und Entwicklungen kritisch auseinandersetzen. Sichtbar wurde auch die Kluft zwischen den Lebenswelten Jugendlicher und der Politik. Dies verweist darauf, dass die klassischen Systeme und Formen der Politik für Jugendliche allgemein und deren politischen Ausdrucksformen kaum noch anschlussfähig sind.

Es wurden aber auch Unterschiede bezüglich des politischen Engagements der Jugendlichen aus wohlhabenden und marginalisierten Stadtquartieren sichtbar. Beispielsweise spielte für Jugendliche im wohlhabenden Quartier die Auseinandersetzung mit institutioneller Diskriminierung im Vergleich zum marginalisierten Stadtquartier eine geringere Rolle.⁸ In Deutschland zeigte sich, dass im wohlhabenden Quartier die Auseinandersetzung mit beunruhigenden Entwicklungen rund um rechtspopulistische Bewegungen hervortrat; im marginalisierten Quartier stand die kritische Reflexion der Folgen von urbaner Segregation (Ausgrenzungsmechanismen

Geschlechtszugehörigkeit, des Alters und eines Migrationshintergrunds). Neben den Interviews mit Jugendlichen wurden in beiden Städten auch Expert_innen der Politik, der Verwaltung und der Sozialen Arbeit zur Situation der politischen Partizipation Jugendlicher befragt. Die Aussagen der Jugendlichen wurden später den Aussagen der Expert_innen gegenübergestellt (Gläser & Laudel, 2009). Der Erkenntnisgewinn aus dieser Forschungsarbeit sollte sowohl den Verantwortlichen des Deutsch-Französischen Jugendwerks als auch den Verantwortlichen für Jugendforschung und Jugend (sozial)-arbeit in Deutschland und Frankreich zugutekommen, etwa bei der Planung von Aktivitäten mit Jugendlichen oder der Planung weiterer Forschungsprojekte und -perspektiven, die auf dieser Untersuchung aufbauen können (siehe ausführlicher zum Forschungsdesign der Studie Loch et al., i.E.).

8 Hier zeigten sich Parallelen zu der Studie zu den Kalker Jugendprotesten.

im Quartier, Stigmatisierungen, Armut, Vernachlässigung durch lokale Politik) im Vordergrund. Herausgearbeitet wurde in diesem Zusammenhang auch die Vernachlässigung der Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen marginalisierter Quartiere durch Stadt- und Kommunalpolitik. Deren Anliegen wurden in der Kommune häufig übergangen oder sogar missachtet. Mit Blick auf die Situation Jugendlicher in marginalisierten Stadtteilen wurde zudem deutlich, dass – und wie – sich Jugendliche trotz der schwierigen Ausgangslage in den Quartieren politisch einbringen. Dabei setzen sie sich auch mit den Ursachen der sozialen Ungleichheit und den Auswirkungen der urbanen Segregation auseinander. Verdeutlicht wurde, dass auch marginalisierte Jugendliche gesellschaftspolitische Verhältnisse kritisch reflektieren, die Folgen der sozialen Ungleichheit kritisieren und sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort sowie für eine politische Teilhabe Jugendlicher im Quartier einsetzen. Die/der Geschäftsführer_in eines Vereins in einem marginalisierten Quartier in Köln beschreibt die Situation der politischen Partizipation der Jugendlichen und mögliche sozialarbeiterische Handlungsansätze wie folgt:

„Das Engagement der Jugendlichen funktioniert schon sehr gut, aber es ist, wie ich schon am Anfang gesagt habe, eher ein Thema der Instrumente und der Ausführung. Da ist es auch abhängig von der Erfahrung der jungen Menschen, vor allem die demokratischen Erfahrungen der jungen Menschen und mit welchen Instrumenten man an sie rangeht. (...) Es muss auch Vertrauen und Kontinuität da sein. Ich kann es nicht verstehen, dass viele sozialpädagogische Einrichtungen und Lehrer so was als Nebensache ansehen anstatt als Basis der Arbeit. Es werden pädagogische Angebote dahingeknallt, weil man dann etwas für den Bericht oder vielleicht auch noch den Flyer oder Presseartikel vorzuweisen hat. Aber andersrum müssen die Angebote gemeinsam erarbeitet werden, weil dann werden sie auch besucht. Politisches Engagement in den Parteien ist sehr schwierig, weil es nur für eine besondere Schicht möglich ist“. (Peter Hahn, Geschäftsführer eines Vereins)

In Bezug auf das politische Engagement marginalisierter Jugendlicher ist ein Perspektivwechsel in der Öffentlichkeit, der Wissenschaft und Forschung dringend notwendig. Unsere Studien haben gezeigt, dass bei Fragen der politischen Teilhabe und des politischen Engagements Jugendlicher aus marginalisierten Stadtquartieren stärker der Blick darauf gerichtet werden müsste, welche strukturellen Barrieren eine politische Partizipation dieser Jugendlichen erschweren und teils sogar verhindern. Denn: Das Engage-

ment Jugendlicher aus marginalisierten Stadtteilen wird oftmals nicht als eine legitime Form politischer Partizipation anerkannt.

Wichtig ist in diesem Kontext auch die Frage, wie die Diskriminierung Jugendlicher aus marginalisierten Quartieren gesellschaftspolitisch thematisiert und bekämpft werden kann. Zweifellos muss auf beiden Seiten, d.h. auf der Seite der Jugendlichen und auf der Seite der politischen Parteien und ihrer Vertreter_innen die Sichtweise auf diese Quartiere grundlegend geändert werden. Es bedarf eines Perspektivenwechsels auf marginalisierte Quartiere: Negative Bilder und stigmatisierende Diskurse über marginalisierte Quartiere müssen auf verschiedenen Ebenen (Medien, Politik, Wissenschaft und auch Jugendliche) hinterfragt und kritisch betrachtet werden. Voraussetzung ist, dass die Politiker_innen selbst die Jugendlichen marginalisierter Quartiere nicht länger anders wertschätzen als Ihresgleichen aus wohlhabenderen Quartieren. Der politischen Bildung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie sollte ihre Zielgruppen unbedingt um die Gruppe marginalisierter Jugendlicher erweitern und ihre Methoden, diese zu erreichen, verbessern (Ottersbach, 2016). Dies wäre auch eine enorme Chance, Jugendlichen eine kritische Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Strömungen und Parteien zu ermöglichen.

3. Zum Verhältnis von politischer Partizipation marginalisierter Jugendlicher und Sozialer Arbeit

Für demokratische Gesellschaften ist es von elementarer Bedeutung, die politischen Interessen und das soziale Engagement der Jugendlichen zu erfahren und zu fördern, da sie als Interessenvertreter_innen für die kommende Generation eine wichtige Rolle spielen. Auch für die Soziale Arbeit, respektive die Jugendarbeit ist die Kenntnis des politischen Interesses bzw. des Engagements der Jugendlichen wichtig. Werden Interesse und Engagement der Jugendlichen ignoriert, läuft die Soziale Arbeit bzw. die Jugendarbeit Gefahr, die Jugendlichen mit ihren Angeboten nicht zu erreichen. Deren Berücksichtigung ermöglicht somit auch eine stärkere Identifikation der Jugendlichen mit den Zielen und Angeboten der Sozialen Arbeit bzw. der Jugendarbeit.

Soziale Arbeit war lange Zeit auf die Behandlung, respektive Versorgung „armer Bevölkerungsschichten“ spezialisiert. Die mittelalterliche „Armutsfürsorge“ ist die historische Quelle der modernen Sozialen Arbeit, zunächst in Mitteleuropa, in England und später auch in Deutschland. Erst seit der Nachkriegszeit beschäftigt sie sich auch mit den Problemen von Angehörigen

gen der Mittelschichten. Heute lautet ihr gesellschaftlicher Hauptauftrag, in Kooperation mit der Sozialpolitik ‚bedürftige‘ Klient_innen zu unterstützen. In Bezug auf Jugendliche bedeutet dies konkret:

- Jede/r Jugendliche soll sein/ihr „Recht auf Förderung seiner (ihrer) Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ mit Unterstützung der Jugendhilfe verwirklichen können (§ 1 SGB VIII).
- „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“ (§ 8 SGB VIII).
- „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“ (§ 11 SGB VIII).⁹

Der Umgang der Sozialen Arbeit mit politischer Partizipation von Jugendlichen ist jedoch sehr unterschiedlich. In Bezug auf Jugendliche aus der Mittelschicht gibt es eine breite Palette an Angeboten zur politischen Partizipation wie z.B. die Internationale Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit. „Durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten“ (§ 12 SGB VIII). Jugendliche werden auch explizit z.B. durch parteinahe Jugendorganisationen oder überparteiliche Jugendverbände „politisch“ gefördert und vertreten. Auch für Jugendliche aus der Unterschicht gibt es eine breite Palette an Angeboten, wie z.B. die Jugendsozialarbeit, die Offene Jugendarbeit, die Gemeinwesenarbeit oder die Schulsozialarbeit.¹⁰ Jugendliche werden in diesen Angeboten jedoch nicht oder zumindest zu wenig „politisch“ gefördert. Dieses Manko wurde im Umgang der Sozialen Arbeit mit den Protesten der Kalker Jugendlichen sehr deutlich. In der Jugendarbeit wird deshalb in letzter Zeit verstärkt eine Verbindung unterschiedlicher

9 Auch in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (Artikel 12) wird gefordert, dass die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife zu berücksichtigen ist.

10 Die Zugänge Jugendlicher zu den Angeboten der Sozialen Arbeit sind abhängig von der Lebenslage, dem sozialen Milieu und den sozialen Problemen der Jugendlichen (Pluto & van Santen, 2018; Becker & Thimmel, 2019).

Angebote der Jugendarbeit gefordert, an denen Jugendliche unterschiedlicher Lebenslagen, sozialer Milieus teilnehmen sollen, um verstärkt soziales Lernen zu ermöglichen.¹¹ In der offenen Jugendarbeit sind bereits erfolgreich Methoden einer Aktivierung der politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher zum Einsatz gelangt (z.B. Netzwerk aktivierende Bildungsarbeit – Verstärker, 2014). Es geht darum, einerseits den konkreten Alltag marginalisierter Jugendlicher gemeinsam mit den Jugendlichen zu erkunden und ihn andererseits im Kontext sozialwissenschaftlicher Kenntnisse zur Lebenslage und zu den sozialen Milieus marginalisierter Jugendlicher zu deuten (siehe ausführlicher Ottersbach, 2018). Die Stadtteil- und Sozialraumbegehung, die Nadelmethode, die Erkundung der Cliques, der subjektiven Landkarten, Autofotografien und Zeitbudgets der Jugendlichen, die Befragung von Schlüsselpersonen und Institutionenvertreter_innen des Quartiers sind bereits bewährte Methoden (siehe ausführlicher Krisch, 2008; Deinet, 2009), mit denen die Lebenslage, die sozialen Milieus und vor allem die individuellen Bewältigungsformen der Alltagsprobleme marginalisierter Jugendlicher erkundet werden können. Andererseits sollten marginalisierte Jugendliche schrittweise mit „offiziellen“ Formen der politischen Partizipation vertraut gemacht werden. Der Weg sollte deshalb z.B. von der politischen Partizipation in der Jugendeinrichtung über die Eben der Kommune bis hin zur politischen Partizipation auf nationaler oder sogar internationaler Ebene beschritten werden und sowohl konventionelle als auch direkte Partizipationsformen enthalten.

Fazit

Um demokratische Strukturen langfristig zu erhalten, ist die Förderung politischer Partizipation sehr wichtig. Jugendliche sind in der Tat die Menschen, die das demokratische Geschehene zukünftig maßgeblich (mit-)gestalten werden. Aus diesem Grund müsste die Förderung politischer Partizipation eine Selbstverständlichkeit sein. Den Zugang zur politischen Partizipation erhalten Jugendliche durch das Elternhaus, die Schule, die peer group und eventuell auch durch die Soziale Arbeit (Schröder, 2016, S. 110). Sowohl für die Schule als auch für den non-formalen Bildungsbereich ist die politische Bildung eine wichtige Aufgabe. Dies gilt umso mehr vor dem

11 Angebote dieser Art werden inzwischen z.B. vom Deutsch-Französischen Jugendwerk gefördert (Ottersbach & Pierre, 2014; Boubeker & Ottersbach, 2014).

Hintergrund der Zunahme rechtsextremer Bewegungen und dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien in Europa. Der neue Weltbildungsbericht verdeutlicht einmal mehr, dass Bildung einerseits die gesellschaftliche Inklusion marginalisierter Bevölkerungsgruppen verbessern und andererseits rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen vermindern kann (Deutsche UNESCO-Kommission, 2018).

Bekannt ist, dass die politische Bildung sowohl in der Schule als auch im außerschulischen Bereich Jugendliche der Mittelschichten besser erreicht als Jugendliche aus marginalisierten Quartieren. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Ausstattung der Familien der Mittel- und der Unterschichten mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital (Bourdieu, 1983) werden sie früher und intensiver mit politischen Inhalten konfrontiert. Eine Folge der intensiveren politischen Sozialisation ist ein höheres politisches Interesse und eine nachweisbare, stärkere Bereitschaft zur politischen Partizipation. Sie engagieren sich stärker als ihre Altersgenossen aus unteren sozialen Schichten sowohl in Parteien als auch bei Demonstrationen oder in kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten und -beiräten. Die Gruppe der marginalisierten Jugendlichen wird von der politischen Bildung sowohl seitens der Schule als auch der Sozialen Arbeit nur sehr schwer erreicht (Farrokhzad & Ottersbach, 2014; Forschungsverbund DJI & TU Dortmund, 2015; Reutlinger & Walther, 2016; Ottersbach, 2016, 2019). Ihre politische Partizipation in Bezug auf die konventionellen Formen gilt als schwach. Sie gehen seltener zur Wahl und engagieren sich weniger in politischen Parteien. Bezüglich der unkonventionellen Formen der politischen Partizipation ist dies zunächst nicht anders. Insofern ist die Förderung dieser Zielgruppe durch die politische Bildung im schulischen und non-formalen Bereich eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Schule und außerschulische Einrichtungen sind deshalb aufgefordert, gemeinsam tragfähige Konzepte zu erarbeiten, um diese Zielgruppe besser als bisher mit politischen Bildungsangeboten zu erreichen und sie stärker als bisher zu motivieren, an diesen Angeboten erfolgreich zu partizipieren. Allerdings – und dies haben neuere Studien (Forschungsverbund DJI & TU Dortmund, 2015) verdeutlicht – können bei der Erkundung der politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher nicht einfach die normativen Maßstäbe der politischen Partizipation angelegt werden. Aktive Nutzungsweisen wie das Einstellen eines Rap-Videos oder der Hinweis auf Angebote in der Offenen Jugendarbeit müssen ebenfalls als Formen der politischen Partizipation betrachtet werden. Mit anderen Worten: Es gibt – wie die angeführten Beispiele nahelegen – durchaus Ansatzpunkte für die Förderung politischer Partizipation bei marginalisierten Jugendlichen. Wichtig erscheint

mir dabei, an den Alltagspraktiken marginalisierter Jugendlichen anzusetzen und diese im Rahmen der politischen Öffentlichkeit als ernsthafte und legitime Ansprüche geltend zu machen. Zudem müssen die empirischen Forschungsmethoden die Ressourcen der Jugendlichen marginalisierter sozialer Milieus emphatischer berücksichtigen. Dazu gehören zunächst Kenntnisse und die Anerkennung spezifischer Habitusinhalte und -techniken dieser Jugendlichen. Voraussetzung dafür ist auch eine Kritik der „legitimen Kultur“ (Bourdieu), die ein wesentlicher Bestandteil einer kritischen wissenschaftlichen Betrachtung sein sollte. In diesem Zusammenhang sollten sowohl biografische als auch verstärkt ethnografische Methoden berücksichtigt werden, um die Alltagspraktiken marginalisierter Jugendlicher zu eruieren. Vor dem Hintergrund der hier dargestellten Erkenntnisse ist es wichtig, die Soziale Arbeit insbesondere mit marginalisierten Jugendlichen zu re-politisieren, indem die Ansprüche und Interessen dieser Zielgruppe stärker als bisher in die politische Öffentlichkeit transferiert werden. Zudem sind weitere Studien zur Erkundung und zur Förderung der politischen Partizipation marginalisierter Jugendlicher erforderlich.

Literatur

- Becker, H. & Thimmel, A. (Hrsg.). (2019). *Die Zugangsstudie zum internationalen Jugendaustausch. Zugänge und Barrieren*. Frankfurt a. M.: Wochenschau-Verlag.
- Benaïse, A., Ottersbach, M. & Preissing, S. (i.E.). Soziale Ungleichheit, urbane Segregation und politische Partizipation in Deutschland und Frankreich. In: D. Loch & M. Ottersbach (Hrsg.). *Politische Partizipation von Jugendlichen in Deutschland und Frankreich*. Münster, New York: Waxmann.
- Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.). (2007). *Kinder und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.). (2009). *Demokratie und Integration in Deutschland. Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit Migrationshintergrund*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bittlingmeyer, U. & Hurrelmann, K. (2005). *Medial vermittelte politische Bildung für Jugendliche aus bildungsfernen Milieus aus soziologischer Sicht. Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung*. Manuskript.
- Bödeker, S. (2012). *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft*. OBS-Arbeitspapier Nr. 1. Frankfurt a. M.: Otto-Brenner-Stiftung. https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP01_SozialeUngleichheit_Boedeker_2012_02_07.pdf [03.12.2019].
- Böhnke, P. (2010). *Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation*. <http://www.bpb.de/apuz/33571/ungleiche-verteilung-politischer-und-zivilgesellschaftlicher-partizipation?p=all> [03.12.2019].

- Boubeker, A. & Ottersbach, Markus (Hrsg.) (2014). *Diversität und Partizipation. Deutsch-französische Perspektiven auf die Arbeit mit Jugendlichen aus marginalisierten Quartieren*. Münster, New York: Waxmann.
- Bourdieu, P. (1982). *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: R. Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten*. Soziale Welt, Sonderband 2 (S. 183–198).
- Bukow, W.-D. & Spindler, S. (Hrsg.) (2000). *Die Demokratie entdeckt ihre Kinder. Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen*. Wiesbaden: Leske & Budrich.
- Bukow, W.-D., Ottersbach, M., Preissing, S. & Lösch, B. (2013). *Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2017). *15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland*. Berlin: BMFSFJ.
- Bundeszentrale für politische Bildung, Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung & Sozio-ökonomisches Panel (Hrsg.). (2018). *Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2018/> [25.11.2019].
- Burdewick, I. (2003). *Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger*. Opladen: Leske & Budrich.
- Deinet, U. (2009). Analyse und Beteiligungsmethoden. In: U. Deinet (Hrsg.), *Methodenbuch Sozialraum. Einführung sozialräumliche Methoden* (S. 65–86). Wiesbaden: Springer VS.
- Deutsche UNESCO-Kommission (2018). *Migration, Flucht und Bildung: Brücken bauen statt Mauern*. Weltbildungsbericht 2019 – Kurzfassung. <https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-11/Deutsche%20Kurzfassung%20GEMR%202019%20-%20FINAL.pdf> [25.11.2019].
- Europäische Kommission (Hrsg.). (2013). *European youth: Participation in democratic life*. Flash Eurobarometer 375. Report. https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/flash/fl_375_en.pdf [25.11.2019].
- Farrokhzad, S. & Ottersbach, M. (2014). Bildungsprozesse bei Jugendlichen unter Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft – Möglichkeiten der Jugend(sozial-)arbeit. In: A. Boubeker & M. Ottersbach (Hrsg.), *Diversität und Partizipation. Deutsch-französische Perspektiven auf die Arbeit mit Jugendlichen aus marginalisierten Quartieren* (S. 131–160). Münster: Waxmann.
- Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut (DJI) & Technische Universität (TU) Dortmund (2015). *Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0 – Chancen, Grenzen, Herausforderungen*. Dortmund: Eigenverlag. http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Freiwilliges_Engagement/2015-01_Expertisen_Polit_Partizipation_WEB_2-0.pdf [25.11.2019].
- Gaiser, W., Gille, M., Rauschenbach, T. & Bien, W. (2012). Soziale und politische Partizipation. Trends, Differenzierungen, Herausforderungen. In: T. Rauschenbach & W. Bien (Hrsg.), *Aufwachsen in Deutschland. AID: A – Der neue DJI-Survey* (S. 136–159). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Gaiser, W., Hanke, S. & Ott, K. (2016). *Jung-Politisch-Aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015*. Bonn: Dietz.

- Gaiser, W., Krüger, W. de Rijke, J. & Wächter, F. (2016). Jugend und politische Partizipation in Deutschland und Europa. In: J. Tremmel & M. Rutsche (Hrsg.), *Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien* (S. 13–38). Wiesbaden: Springer VS.
- Gensicke, T. & Geiss, S. (2010). *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Engagementpolitik, Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009*. Berlin: BMFWFJ.
- Giebler, H. & Merkel, W. (2016). *Freedom and equality in democracies: Is there a trade-off? International Political Science Review*. doi: 10.1177/0192512116642221.
- Gille, M. (2016). Das Verhältnis junger Menschen zur Politik – Politische Interessen und weitere Aspekte politischer Involvierung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: W. Gaiser, S. Hanke, & K. Ott (Hrsg.), *Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015* (S. 32–49). Bonn: Dietz.
- Gläser, J. & Grit, Laudel (2009). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Klatt, J. & Walter, F. (2011). *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*. Bielefeld: transcript.
- Knauer, R. & Sturzenhecker, B. (2005). Partizipation im Jugendalter. In: B. Hafenecker, M. Jansen & T. Niebling (Hrsg.), *Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren* (S. 63–94). Opladen: Barbara Budrich Verlag.
- Kniffki, J., & Reutlinger, C. (2013). Beteiligungsorientierte Ansätze mit Jugendlichen im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit – einführende Anmerkungen. In: J. Kniffki, C. Reutlinger & W. Hees (Hrsg.): *Jugendprotagonismus, Community und Partizipation* (S. 7–20). Berlin: Frank und Timme.
- Krisch, R. (2008). *Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende Verfahren*. Weinheim, München: Juventa.
- Kühnel, W. & Willems, H. (Hrsg.). (2017). *Politisches Engagement im Jugendalter. Zwischen Protest, Beteiligung und Gewalt*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kutscher, N. (2010). Digitale Ungleichheit. Soziale Unterschiede durch Mediennutzung. In: G. Cleppien, & U. Lerche (Hrsg.), *Soziale Arbeit und Medien* (S. 153–163). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Loch, D., Ottersbach, M., Aslan, Ö., Benaise, A. & Nikov, S. (i.E.). Politische Partizipation Jugendlicher – eine deutsch-französische Fallstudie. In: D. Loch & M. Ottersbach (Hrsg.), *Politische Partizipation Jugendlicher in Deutschland und Frankreich*. Münster, New York: Waxmann.
- Mayring, P. (2003). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Mossberger, K., Tolbert, C. J. & Stansbury, M. (2003). *Virtual inequality. Beyond The Digital Divide*. Washington: Georgetown University Press.
- Munsch, C. (2003). *Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit*. Weinheim, München: Juventa.
- Munsch, C. (2013). Bürgerschaftliches Engagement zwischen Integration und Ausgrenzung – eine kritische Analyse aus der Perspektive von Diversitytheorien. In: T. Geisen, F. Kessl, T. Olk & S. Schnurr (Hrsg.), *Soziale Arbeit und Demokratie* (S. 189–204). Weinheim, München: Juventa.

- Netzwerk aktivierende Bildungsarbeit – Verstärker (2014). *Wie politische Bildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen gelingen kann. Eine Zwischenbilanz.* https://www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung_III/jugend/pdf/ws_beteiligung_dings/ws4/netzwerk_verstaerker_handlungsempfehlungen.pdf [03.12.2019].
- Ottersbach, M. (2007). Sozialräumlichkeit und neue Formen der politischen Partizipation für Jugendliche. In: C. Reutlinger, W. Mack, F. Wächter & S. Lang (Hrsg.), *Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa* (S. 175–189). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ottersbach, M. (2013). Zivilgesellschaftliche Partizipation Jugendlicher – Eine Herausforderung für die Soziale Arbeit. In: W.-D. Bukow, M. Ottersbach, S. Preissing & B. Lösch, *Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft* (S. 133–158). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ottersbach, M. (2016). Bildung in marginalisierten Quartieren. In: M. Ottersbach, A. Platte & L. Rosen (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten als Herausforderung für inklusive Bildung* (S. 17–30). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ottersbach, M. (2018). Jugendliche. In: A. Bernhard, L. Rothermel, & M. Rühle (Hrsg.), *Handbuch Kritische Pädagogik. Eine Einführung in die Erziehungs- und Bildungswissenschaft* (S. 332–346). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Ottersbach, M. (2019). Politisches Engagement von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. *Migration und Soziale Arbeit*, 1, 43–50.
- Ottersbach, M. & Pierre, T. (2014). *Das deutsch-französische Netzwerk „Integration durch Chancengleichheit“ – Abschlussbericht der Evaluation.* Arbeitstexte des Deutsch-Französischen Jugendwerks Nr. 26.
- Pluto, L. & van Santen, E. (2018). Jugendarbeit als non-formale Bildung – bewährte Tradition unter neuen Bedingungen. In: Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW), Deutsches Jugendinstitut (DJI) & Institut nationale de la jeunesse et de l'éducation populaire (INJEP) (Hrsg.), *Non-formale Bildung: Chance oder Herausforderung für die Jugendarbeit? Erkenntnisse einer deutsch-französischen Tagung* (S. 111–134). Paris, Berlin.
- Preissing, S. (2013). Ein Ereignis im Stadtteil und viele kontroverse Perspektiven: Analysen zu dem Geschehen im Januar 2008 in Köln-Kalk. In: W.-D. Bukow, M. Ottersbach, S. Preissing & B. Lösch (Hrsg.), *Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft* (S. 27–68). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Quenzel, G., Hurrelmann, K., Albert, M. & Schneekloth, U. (2019). Jugend 2019: Eine Generation meldet sich zu Wort. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.), *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort* (S. 313–324). Weinheim, Basel: Beltz.
- Reutlinger, C. & Walthert, A. (2016). *Partizipation Jugendlicher: eine Frage von Raum und Stil? Konzeptionelle Grundlagen, Prozesse und erste Erkenntnisse des EU-Forschungsprojekts PARTISPACE.* <https://www.sozialraum.de/partizipation-jugendlicher-eine-frage-von-raum-und-stil.php> [25.11.2019].
- Roth, R. & Rucht, D. (Hrsg.). (2000). *Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz?* Opladen: Leske & Budrich.
- Rucht, D. & Yang, M. (2004). Wer protestiert gegen Hartz IV? *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 17, 21–27.
- Schäfer, A. (2015). *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet.* Frankfurt, New York: Campus.
- Schiffer-Nasserie, A. (2011). Teilhabe durch Gleichbehandlung? Zur Kritik eines Ideals. *Journal für Politische Bildung*, 4, 54–62.

- Schneekloth, U. (2006). Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.), *Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck* (S. 103–144). Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Schneekloth, U. & Albert, M. (2019). Jugend und Politik: Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.), *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort* (S. 47–101). Weinheim, Basel: Beltz.
- Schröder, A. (2016). „In kleinen Schritten die Welt verändern“ – Ausgewählte qualitative Daten der FES-Studie 2015 und ihre biographische Deutung. In: W. Gaiser, S. Hanke & K. Ott (Hrsg.), *Jung-Politisch-Aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015* (S. 107–130). Bonn: Dietz.
- Schwanenflügel, L. von (2015). *Partizipationsbiographien Jugendlicher. Zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2015). *Jugend 2015*. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2019). *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort*. Weinheim, Basel: Beltz.
- Simonson, J., Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (Hrsg.) (2016). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligen-Survey 2014*. Wiesbaden: Springer VS.
- Vester, M. (2009). Soziale Milieus und die Schiefenlagen politischer Repräsentation. In: M. Linden & W. Thaa (Hrsg.), *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen* (S. 21–59). Baden-Baden: Nomos.
- Weidacher, A. (Hrsg.) (2000). *In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich*. Opladen: Leske & Budrich.
- Wolfert, S. & Leven, I. (2019). Freizeitgestaltung und Internetnutzung: Wie Online und Offline ineinandergreifen. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.), *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort* (S. 213–246). Weinheim, Basel: Beltz.